

Am äußersten Rand der Europäischen Union

Viele Esten schauen argwöhnisch auf die russische Minderheit in der Grenzstadt Narwa. Doch eine Gruppe junger Leute will dort eine Brücke nach Russland bauen.

Von Livia Gerster

NARWA, im August Alles ist grau, nur diese orange Hose leuchtet, und vielleicht braucht sie das Grau der Sowjetblocks, um so zu leuchten. In Sankt Petersburg oder der estnischen Hauptstadt Tallinn würde diese Hose nicht weiter auffallen. Aber hier schauen die grauhaarigen Frauen, die in den Plattenbauten am Fenster stehen, dieser Hose verwundert hinterher, während ihr Träger lässig über die mit Regen gefüllten Schlaglöcher springt.

Anton Ossipowitsch ist in Narwa, der grauen estnischen Stadt an der Grenze zu Russland, seit jeher zu Hause, und doch ist er so etwas wie ein Fremder hier. Das liegt nicht nur an dieser orangefarbenen Hose oder dem Hipsterbart oder den strahlend weißen Turnschuhen. Es hat mehr mit seinen Plänen zu tun, damit, wie er auf diese Stadt, Narwa, schaut. Und in gewisser Weise auch mit seinem grauen Pass, der ihn zwar als Bewohner Narwas, aber eben auch als „Alien“ ausweist, als Fremden, denn Anton ist weder Este noch Russe; er ist staatenlos. So wie sechs Prozent der estnischen Bevölkerung und vierzehn Prozent der Bewohner Narwas.

Doch weder sein grauer Pass noch seine graue Stadt stören Anton auch nur im Geringsten. Denn die Regierung des Staates, in dem er lebt, hat ihm zwar keinen roten estnischen Pass, dafür aber gerade eine Million Dollar zur Verfügung gestellt. Von diesem Geld und einer weiteren Million, die er von Sponsoren sammelt, will Anton ein Gründerzentrum für junge Unternehmer aufbauen – hier in Narwa, der Stadt, aus der alle jungen Menschen fliehen.

Wenn Anton durch die löchrigen Straßen Narwas läuft, vorbei an leerstehenden Läden, über denen russische Schriftzeichen einen Friseursalon anpreisen, in dem längst keine Haare mehr gewaschen werden, dann sieht er nicht den Niedergang einer Stadt, in der die Übriggebliebenen von den wenigen Sonnenstrahlen und Bier leben. Oder ihr Leben dem Alkohol und den neuesten synthetischen Drogen unterwerfen, etwa dem weißen Pulver „White China“, das aus Russland hier durch Narwa hindurch in die EU geschmuggelt wird.

Er sieht auch nicht das nächste Donbass oder die nächste Krim, wie die ausländischen Journalisten, die sich seit dem Ukraine-Krieg plötzlich für die kleine, vergessene Grenzstadt interessieren und die Frage stellen, ob die Russen in estnischen Narwa nicht auch lieber zu Russland gehören würden.

Anton sagt dann immer, nein, natürlich nicht. Er findet nämlich, dass Narwa da, am äußersten Zipfel der EU mit Blick auf russische Ufer, aber außer Reichweite des langen Arms Moskaus, ziemlich gut liegt. Und er sieht in dieser Stadt und ihrer Lage Potential. Die Fabrikrüinen, in denen Arbeiter jahrzehntlang für die Sowjetunion Textil oder Stahl herstellten, sind für ihn nicht Relikte einer Welt, in der Russen das Sagen und seine Eltern Arbeit hatten, sondern Raum für Neues.

„Entweder wir machen etwas mit dieser Stadt, oder sie stirbt“, sagt Antons frisch mit ihm verheiratete Frau Maria, die so wie er 30 Jahre alt ist und nicht nur den gleichen Nachnamen, sondern auch die gleichen weißen Turnschuhe trägt wie Anton, nur dass sie unter ihrem Minirock noch besser zur Geltung kommen. Sie sitzen in der Universitätscafé in Narwa, einem Ort, der ausnahmsweise nicht grau ist, sondern so orange wie Antons Hose. Das neue Gebäude der Universität wurde vor fünf Jahren mit EU-Geldern gebaut, und das ist Anton und Maria Zeichen genug, dass hier etwas zu schaffen ist. Deshalb hören sie nicht auf ihre Eltern, die sie anflehen, wegzuziehen und etwas „Richtiges“ zu arbeiten, etwas, was eine Zukunft hat – nicht dieses „Computerzeug“.

Doch Anton liebt nun einmal Computer. Deshalb will er ganz viele davon in die alte Sowjetfabrik in der Lindastraße 2



Mit Blick auf die andere Seite: Ein Angler in Narwa, von Russland nur durch den Fluss getrennt

Foto Picture Alliance

stellen. Das Gebäude war schon immer ein Ort der Technik, hier wurden für die Sowjetunion Maschinen für die Atomenergiewirtschaft und die Weltraumindustrie gebaut. Seitdem stehen die Hallen leer. Doch wenn alles so kommt, wie es sich Anton vorstellt, können sich hier ab dem kommenden Jahr auf 1300 Quadratmetern junge Unternehmer aus Deutschland, Russland, der Ukraine und weiteren Ländern aus Ost und West austoben. „Wir sind eine Brücke nach Russland“, sagt Anton. Dort gebe es zwar gute Ideen, aber wenig Möglichkeiten – genau solche könne man den Russen in Narwa bieten. Auf Englisch lässt Anton Begriffe fallen, die



Brückenbauer: Anton und Maria Ossipowitsch

Foto Livia Gerster



Die Brüder der Nächstenliebe und der Weg in den Tod

Ein belgischer Orden streitet mit seinem Oberen und dem Vatikan um Sterbehilfe für psychisch Kranke / Von Michael Stabenow

BRÜSSEL, 18. August. Belgien gehört neben den Niederlanden in Europa zu den Ländern mit den großzügigsten gesetzlichen Regeln zur Sterbehilfe. Selbst eine untere Altersgrenze gibt es seit 2014 nicht mehr – vor Jahresfrist hat erstmals ein unter einer tödlichen Krankheit leidendes Kind aktive Sterbehilfe erhalten. Wie auch in den Niederlanden, wo derzeit in den Gesprächen über die Regierungsbildung eine weitere Lockerung der gesetzlichen Regelung debattiert wird, firmiert die Sterbehilfe unter dem in Deutschland geschichtlich vorbelasteten Begriff „Euthanasie“. 2015 ist die Anzahl der Patienten, die in Belgien Tötung auf Verlangen in Anspruch genommen haben, erstmals über 2000 gestiegen. In mehr als zwei Dritteln der Fälle handelt es sich um Krebspa-

tienten. Bei rund drei Prozent geht es um Menschen, die, wie aus dem „Euthanasiebericht“ der zuständigen Behörden hervorgeht, unter „geistigen und Verhaltensproblemen“ leiden und sich daher nicht unbedingt im Endstadium einer tödlichen Krankheit befinden.

Um diese Gruppe von Patienten dreht sich ein innerbelgischer Streit, in den sich nun der Vatikan eingeschaltet hat. Auslöser ist ein Ende April gefasster Beschluss des belgischen Zweiges des über 600 Mitglieder zählenden Ordens „Brüder der Nächstenliebe“, in den unterstellten belgischen psychiatrischen Behandlungszentren mit insgesamt rund 5000 Patienten Sterbehilfe im Einklang mit dem Gesetz zu ermöglichen. Dies soll ausdrücklich daran geknüpft werden, dass keine „ver-

nie aus der Zukunft klingen: Einen „motion capture room“ soll es geben, eine „cyber arena“ und eine „render farm“.

Diese Begriffe sind für Antons und Marias Eltern genauso fremd, wie es die estnischen Worte sind, die seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion das Russische ersetzt haben, so dass die Eltern sich nicht mehr auskennen in der Heimat. Wie 95 Prozent der Bewohner Narwas sind Anton und Maria die Kinder russischer Eltern, die in der Sowjetunion zum Arbeiten ins Baltikum umgesiedelt wurden. Und wie die meisten Russen in Narwa sehen ihre Eltern ausschließlich russisches Fernsehen. „Meine Eltern haben keine Ahnung von Estland“, sagt Anton lachend. Kürzlich sprach er am Esstisch vom Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Mike Pence bei Jüri Ratas. Da schauten ihn seine Eltern nur mit großen Augen an. Sie hatten den Namen des estnischen Ministerpräsidenten noch nie gehört.

Die Regierung in Tallinn weiß, wie weit weg sie für die Russen in Narwa ist – und wie nah Moskau ist, wenn Putin seine Botschaften direkt in estnische Wohnzimmer übertragen kann. „Missinformation ist ein großes Problem“, sagt Mariin Ratnik, die außenpolitische Beraterin von Jüri Ratas. „Wir versuchen daher alles, um auf die russische Minderheit zuzugehen.“ Sie verweist im Tallinner Regierungssitz auf die EU-Spezialtruppe „Mythbusters“, die russische Propaganda-Lügen entlarvt. Auf die russische Minderheit zugehen, das klingt schon anders als die Worte des ehemaligen estnischen Präsidenten Thomas Hendrik Iives, der noch vor sieben Jahren von den Russen in Estland Dankbarkeit dafür forderte, trotz der sowjetischen Verbrechen „so gut behandelt“ zu werden.

Seit ihrer Unabhängigkeit haben die Esten immer skeptisch auf die Russen in Narwa geblickt. Die Skepsis wurde größer, als die grünen russischen Männchen sich die Krim einverleibten. Würde Putin als nächstes die Russen aus Estland, die Bewohner Narwas, „heim“ nach Russland holen? „Wie auch immer man das, was mit der Krim passiert ist, nennen mag: Es funktioniert“, sagt Anton. Und seine Frau Maria zuckt mit den Schultern: „Die Russen auf der Krim wollten zurück nach Russland, das ist doch klar.“ Nur mit der Situation in Narwa, finden die beiden, habe das überhaupt nichts zu tun.

Dass die Krim nach Russland gehöre, davon sind viele in Narwa überzeugt. Als sich die „Volksrepublik Donezk“ im ukrai-

nischen Donbass im Frühjahr 2014 von Kiew abgespalte, wehten in Narwa die Fahnen der ukrainischen Separatisten. Und an den Wänden der Plattenbauten war der russische Slogan „Krym nasch“ zu lesen: „Die Krim ist unser.“ Seitdem wurde vielen Esten, denen die sowjetische Besatzung noch qualvoll präsent ist, mulmig angesichts der nicht unerheblichen Minderheit von 25 Prozent ethnischer Russen im Land.

„Wir erwarten, dass Russland die bestehenden Grenzen akzeptiert“, sagt die Diplomatin Ratnik, und in diesem lapidaren Satz, den schon so viele westliche Diplomaten gesagt haben, schwingt die ganze Angst der kleinen baltischen Nation vor ihrem übermächtigen Nachbarn mit. Doch Ratnik sagt auch den gleichen Satz, den zuvor schon Anton gesagt hat: „Man kann Estland nicht mit der Ukraine oder Georgien vergleichen.“ Und fügt hinzu: „Die EU und die Nato machen uns stark.“

Westlich von Narwa, auf dem Militärstützpunkt in Tapa, kann man beobachten, wie das aussieht, dieses Starkmachen Estlands. Dort bereiten sich zusammen mit estnischen Soldaten Nato-Truppen aus Großbritannien und Frankreich auf den Ernstfall vor. Seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs gibt das kleine Estland mit seinen gerade mal 1,3 Millionen Bürgern jedes Jahr mehr für seine Verteidigung aus, in diesem Jahr sind es schon 470 Millionen Euro. Rund 1000 Nato-Soldaten unter Führung der Briten sind an der Ostflanke Estlands stationiert. „Wo auch immer die Esten hingehen, wir gehen mit ihnen“, sagt der britische Captain Robert Atchinson in Tapa.

Anton hat kein Problem mit diesen Nato-Soldaten. „Die Nato bringt Leben und Geld hierher“, sagt Anton, der eigentlich nicht über Politik, sondern über sein Projekt reden will. Seine Frau blickt vom Laptop auf: Den Russen auf der Krim sei es schlechtgegangen in der Ukraine, deshalb hätten sie für die Rückkehr nach Russland gestimmt, sagt sie. Doch den Leuten in Narwa gehe es vergleichsweise gut, jedenfalls besser als den Verwandten drüben in Russland. „Keiner hier will in Russland leben“, sagt sie mit einer Handbewegung, die keinen Widerspruch zulässt. Und deshalb könne die Nato hier auch ruhig ihre Manöver abhalten.

Dabei hatte Antons Mutter lange von der Rückkehr nach Russland geträumt. Und diesen Traum auch für kurze Zeit verwirklicht. Als Anton gerade in die Schule kam, zog die Familie nach Sankt Petersburg und schickte den Sohn auf eine Militärschule – die unglücklichsten Monate seines Lebens, wie er sagt. Jeden Nachmittag habe er geweint, weil ihn die anderen Kinder beschimpft hätten, weil er Este sei. „Das war total übertrieben“, sagt der erwachsene Anton heute grinsend, doch die Eltern gaben nach, und Anton war wieder dort, wo er sich auch ohne Pass zu Hause fühlte, in Estland.

Seine Eltern hatten die Auflagen für einen estnischen Pass immer als Zumutung empfunden – ohne Estnischnennnisse hätten sie den Test nie bestanden. Für den Sohn wäre der Sprachtest ein Leichtes, doch Anton ist gern staatenlos. Als Marketingberater hat er viele Kunden in Russland. Mit seinem grauen Pass braucht er kein Visum für Reisen dorthin – im Gegensatz zu den Esten. Und in der EU kann er genauso frei reisen wie sie.

Der terrorverdächtige Tunesier Haikel S. kommt trotz Aufhebung seines Haftbefehls nicht frei, sondern muss in Abschiebehaft. Das hat das Amtsgericht Frankfurt am Freitag zumindest bis zum 23. Oktober angeordnet. Das Gericht entsprach damit einem Antrag der Ausländerbehörde. Die Anwältin von Haikel S. sagte, sie überlege, Rechtsmittel einzulegen. Haikel S. saß wegen Terrorverdachts rund ein halbes Jahr in Untersuchungshaft. Die Ermittlungsbehörden halten den als Gefährlicher eingestuften Mann für hochgefährlich. Eine Abschiebung hatte das Verwaltungsgericht Frankfurt zunächst untersagt, weil ihm in Tunesien die Todesstrafe drohe. (dpa)

Die Russen aus Narwa seien europäischer, ja, aber sie seien auch enttäuscht – über die Mischung aus Abneigung und Überheblichkeit, die ihnen von den Esten entgegengebracht werde. „Russens raus aus Estland“, das sind Sätze, die Anton liest und die ihm weh tun. Er hat sich Narwa ja nicht ausgesucht, und auch seine Eltern haben es nicht. Der Krieg und die Wirren der Geschichte haben sie hierhergetragen.

Die Mutter, Kind eines Deutschen und einer Russin, ist in einem sowjetischen Arbeitelager geboren worden, zwischen lauter deutschen Kriegsgefangenen. Und obwohl Großvater Friedrich aus Baden-Baden voller Hass war gegen die Sowjets, die ihm Freiheit und Würde geraubt hatten, konnte er nicht verhindern, dass sich seine Tochter in den sowjetischen Lagerwärtin verliebte – Sohn eines polnischen Juden, irgendwo auf der Flucht in Weißrussland gezeugt. Dieser jüdische Wärter half dem deutschen Großvater Friedrich so oft beim Holzhacken, bis dieser ihn irgendwann nicht mehr hassen konnte. „Mein Vater ist ein richtiger Jude“, sagt Anton und lacht. „Stets freundlich, aber er weiß genau, was er will.“ Und in diesem Fall wollte er die Tochter.

So heiratete der Lagerwärtin die Insassin, gegen alle Widerstände, und als der Wächter später als Grenzpolizist nach Narwa gerufen wurde, folgte ihm seine junge Frau. Und so kam Anton als Sohn von Eltern, deren Biographie die Bezeichnung „Russen“ nie auch nur im Ansatz umfassen konnte, nach Narwa und mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion schließlich als Staatenloser in ein Land, in dem er den Esten nun als Nachfahre der Besatzer gilt.

Doch in dieses Schicksal will Anton sich nicht ergeben, er will etwas daraus machen. Aus seiner kleinen, grauen Grenzstadt will er einen Knotenpunkt machen, Narwa vom Rand ins Zentrum rücken, die neue Mitte zwischen Europa und Russland, Sankt Petersburg und Tallinn. Das Gründerzentrum soll junge Unternehmer nach Narwa locken, die mit visuellen Medien arbeiten, doch auch den Einheimischen die Möglichkeit geben, wieder Anschluss zu finden. Leuten wie seinen Eltern etwa möchte er das „Computerzeug“ näherbringen, es soll Internetkurse geben, außerdem Bildungs- und Sprachprogramme.

Die Zeit dafür sei reif, denkt Anton. Seit der „Sache mit der Krim“ redet die ganze Welt über Narwa. „Es klingt komisch, aber vielleicht ist die Krim-Annexion das Beste, was Narwa passieren konnte“, sagt die Direktorin der Hochschule von Narwa, Kristin Kallas. Und Anton sagt ganz unverblümt: „Wenn es keine Probleme mit Russland gibt, kriegen wir auch kein Geld von der EU.“ Also nehmen Anton und Maria dieses Geld an. Um dafür zu sorgen, dass der Osten Estlands auch wirklich nicht das nächste Donbass wird. Und Narwa nicht in Bedeutungslosigkeit stirbt.

Die Zeit dafür sei reif, denkt Anton. Seit der „Sache mit der Krim“ redet die ganze Welt über Narwa. „Es klingt komisch, aber vielleicht ist die Krim-Annexion das Beste, was Narwa passieren konnte“, sagt die Direktorin der Hochschule von Narwa, Kristin Kallas. Und Anton sagt ganz unverblümt: „Wenn es keine Probleme mit Russland gibt, kriegen wir auch kein Geld von der EU.“ Also nehmen Anton und Maria dieses Geld an. Um dafür zu sorgen, dass der Osten Estlands auch wirklich nicht das nächste Donbass wird. Und Narwa nicht in Bedeutungslosigkeit stirbt.

Wichtiges in Kürze

Ablösung von KSK-Offizier

Der Vizekommandeur des „Kommandos Spezialkräfte“ (KSK) soll laut einem Bericht der Zeitschrift „Der Spiegel“ seine Stellung verlieren. Hintergrund sind Ermittlungen der Bundeswehr wegen verbaler Entgleisungen, Drohungen und frauenfeindlicher Sprüche, über die sich eine zivile Angestellte der Einheit beschwert hatte. Der Beschuldigte befindet sich zurzeit nicht im Dienst, sondern auf einer Kur. Die Bundeswehr betonte dem Bericht zufolge, der Fall des Vizekommandeurs habe nichts mit Vorwürfen zu tun, laut denen bei einer Feier im April von KSK-Soldaten rechtsextreme Lieder gespielt und der Hitlergruß gezeigt worden sein sollen. Bei der Feier anwesende Soldaten hatten diese Vorwürfe als falsch zurückgewiesen. (F.A.Z.)

Haikel S. muss in Abschiebehaft

Der terrorverdächtige Tunesier Haikel S. kommt trotz Aufhebung seines Haftbefehls nicht frei, sondern muss in Abschiebehaft. Das hat das Amtsgericht Frankfurt am Freitag zumindest bis zum 23. Oktober angeordnet. Das Gericht entsprach damit einem Antrag der Ausländerbehörde. Die Anwältin von Haikel S. sagte, sie überlege, Rechtsmittel einzulegen. Haikel S. saß wegen Terrorverdachts rund ein halbes Jahr in Untersuchungshaft. Die Ermittlungsbehörden halten den als Gefährlicher eingestuften Mann für hochgefährlich. Eine Abschiebung hatte das Verwaltungsgericht Frankfurt zunächst untersagt, weil ihm in Tunesien die Todesstrafe drohe. (dpa)

Poggenburg lobt DDR

Sachsen-Anhalts AfD-Landeschef André Poggenburg hat die DDR für ihr Bekenntnis zum deutschen Volk gelobt. Der SED-Staat habe kein Problem mit dem Nationalgedanken gehabt, sagte der Rechtspopulist der „Mitteldeutschen Zeitung“ aus Halle vom Freitag. Dies zeige etwa der Begriff der „Nationalen Volksarmee“. Sein verstorbener Großvater, Oberst der Volkspolizei und Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, wäre heute stolz auf seinen deutschnationalen Kurs, sagte Poggenburg. (AFP)

AFD-Christ spendete für NPD

Der Finanzvorstand der „Christen in der AfD“, Hardi Schumny, soll an die rechtsextreme NPD Saar spendet haben. Nach Recherchen des SWR wurde die Spende 2009 übermittelt. Schumny habe das inzwischen bei einer internen Telefonkonferenz des Bundesvorstandes der „Christen in der AfD“ bestätigt. Der Verein ziehe nun Konsequenzen und verlange künftig, dass neue Mitglieder alle bisherigen Kontakte und Aktivitäten in Verbindung mit rechtsextremen Vereinigungen dokumentieren, heißt es in dem Bericht. Schumny sei aufgefordert worden, sich bis zum kommenden Wochenende schriftlich zu der Spende und weiteren Kontakten zur NPD und anderen verfassungsfeindlichen Organisationen zu erklären. (epd) (Kommentar Seite 10.)

Franco A. bleibt in Haft

Der Staatsschutzsenat des Bundesgerichtshofs hat eine Haftbeschwerde von Franco A. abgewiesen. Das teilte das Gericht am Freitag in Karlsruhe mit. Der wegen Terrorverdachts festgenommene Bundeswehrroffizier bleibt daher weiter in Haft. Franco A. soll gemeinsam mit zwei Komplizen einen rechtsradikal motivierten Anschlag unter anderem auf Politiker geplant haben. Hierfür sollen bereits Schusswaffen gekauft und auf dem Flughafen in Wien versteckt worden sein. Der Oberleutnant hatte monatelang ein Doppelleben geführt und sich als syrischer Flüchtling ausgegeben. Mit der fiktiven Identität wollte A. offenbar nach einem Anschlag den Verdacht auf Flüchtlinge lenken. (AFP)

Deutschland ermahnt Libyen

Die Bundesregierung hat Tripolis zur Einhaltung internationalen Rechts ermahnt. Das Auswärtige Amt erklärte am Freitag, dass es durch einen libyschen Such- und Rettungsbereich keine Einschränkungen der Seenotrettung durch Nichtregierungsorganisationen geben dürfe. Das „Schutzniveau“ für in Seenot geratene Menschen dürfe nicht sinken. Libyen hatte zuvor verkündet, eine Sperrzone vor der eigenen Küste einzurichten. Der Regierung wurde daraufhin vorgeworfen, Rettungseinsätze zu unterbinden und damit gegen Völkerrecht zu verstoßen. (AFP)

Flucht aus Singapur

Ein Enkel des verstorbenen Singapur Gründervaters Lee Kuan Yew hat den Stadtstaat aus Angst vor Strafverfolgung verlassen. Der 32 Jahre alte Li Shengwu berichtete, er werde vorerst nicht nach Singapur zurückkehren, da ihm dort aufgrund eines Verfahrens wegen „Missachtung des Gerichts“ die Festnahme drohe. Li Shengwu hatte sich im Internet kritisch über die Regierung seines Onkels geäußert. Der Ministerpräsident befindet sich in einem Familienstreit mit seinen zwei Geschwistern, darunter dem Vater des Geflüchteten. Dabei geht es um die Zukunft des Wohnhauses des Gründervaters in Singapur. In seinem Testament hatte Lee Kuan Yew den Abriss des Hauses nach seinem Tod verfügt. (fah.)